AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 02.06.2026 | Arno Gottschalk

Mehr als Panzer und Raketen

Europa sucht Sicherheit vor allem im Militärischen. Doch die strategische Herausforderung ist größer.

Europa diskutiert derzeit fast ausschließlich über Aufrüstung. Doch die eigentliche strategische Herausforderung liegt tiefer: Die internationale Ordnung, auf der Europas Sicherheit und Wohlstand jahrzehntelang beruhten, zerfällt zunehmend. Die Vereinigten Staaten denken Außenpolitik immer transaktionaler, wirtschaftliche Abhängigkeiten werden geopolitisch instrumentalisiert, und militärische Macht verbindet sich zunehmend mit technologischer und ökonomischer Kontrolle. Europas Problem ist deshalb nicht nur militärische Verwundbarkeit, sondern die Frage, wie politische Handlungsfähigkeit unter diesen veränderten Bedingungen überhaupt gesichert werden kann.

Die europäische Debatte reagiert darauf bislang erstaunlich einseitig. Häufig wird der Eindruck erweckt, Europas strategische Schwäche lasse sich vor allem durch höhere Rüstungsausgaben beheben. Doch diese Sicht greift zu kurz. Die eigentliche Strategielücke Europas liegt nicht primär im militärischen Rückstand, sondern in der Verengung der Debatte auf Aufrüstung. Verteidigungsfähigkeit und Diplomatie sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben politischen Handlungsfähigkeit.

Die europäische Nachkriegsordnung beruhte auf einer klaren Arbeitsteilung: Die Vereinigten Staaten garantierten die Sicherheit, die europäischen Staaten konzentrierten sich auf wirtschaftliche Integration. Diese Konstellation war erfolgreich. Sie hat den Kontinent befriedet, wirtschaftlich zusammengeführt und demokratisch stabilisiert.

Neutral war diese Ordnung jedoch nie. Die amerikanische Sicherheitsgarantie war zugleich Ausdruck einer hegemonialen Ordnung. Sie stabilisierte Europa, band es aber auch strategisch ein. Militärische Abhängigkeit bedeutete immer auch begrenzte politische Autonomie, etwa in Fragen nuklearer Abschreckung und Rüstungskontrolle. Dass die im Rahmen der nuklearen Teilhabe auf europäischem Boden stationierten Atomwaffen letztlich unter amerikanischer Kontrolle stehen, ist kein Nebeneffekt dieser Ordnung, sondern eines ihrer

Strukturmerkmale. Lange blieb diese Ambivalenz unsichtbar, weil die Ordnung funktionierte. Sichtbar wird sie erst jetzt, da ihre Voraussetzungen erodieren.

Europa wird keine Militärmacht im klassischen Sinne werden.

An die Stelle einer regelbasierten Globalisierung tritt zunehmend eine machtzentrierte, neoimperiale Ordnung. Wirtschaftliche, technologische und militärische Macht wirken dabei nicht mehr getrennt, sondern greifen systematisch ineinander. Kontrolle über Lieferketten, Finanzsysteme und Schlüsseltechnologien wird zum Instrument geopolitischer Einflussnahme – häufig ohne direkten militärischen Einsatz. Sicherheit wird unter diesen Bedingungen nicht mehr einfach garantiert, sondern politisch produziert und durchgesetzt.

Europa ist davon nicht ausgenommen. Es ist Teil dieser Konkurrenz: als Markt, als Technologie- und Industriestandort sowie als politischer Akteur. Zugleich verändert sich auch die Ausrichtung der Vereinigten Staaten. Der strategische Fokus verschiebt sich in den Indopazifik, innenpolitische Konflikte prägen zunehmend die Außenpolitik, und Bündnisse werden immer stärker unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten betrachtet. Der angekündigte Abzug amerikanischer Truppen und das Aussetzen der Tomahawk-Stationierung sind deshalb nicht Ursache, sondern Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Vorstellung, die amerikanische Sicherheitsgarantie werde dauerhaft in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben, ist daher keine belastbare strategische Grundlage mehr, sondern zunehmend eine politische Hoffnung. Darauf reagiert Europa bislang häufig mit einer ebenso verkürzten Gegenbewegung: Europa müsse militärisch „aufholen“ oder selbst zur globalen Militärmacht werden. Aber auch das greift zu kurz.

Ein klassisches Modell militärischer Großmachtpolitik entspricht weder Europas politischer Struktur noch seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Gleichzeitig ist Europa keineswegs militärisch schwach. Die europäischen NATO-Staaten verfügen über erhebliche industrielle, technologische und konventionelle Fähigkeiten. Die Debatte konzentriert sich damit auf eine Frage, die Europas strategische Herausforderungen nur teilweise erfasst.

Dies erweitert Europas Handlungsspielraum nicht, sondern verengt ihn sogar. Denn sie bindet politische Aufmerksamkeit und finanzielle

Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen, etwa bei technologischer Souveränität, wirtschaftlicher Resilienz oder gesellschaftlicher Stabilität.

Kooperation allein garantiert keinen Einfluss.

Europa verfügt weiterhin über erhebliche nichtmilitärische Machtressourcen: wirtschaftliche Stärke, regulatorischen Einfluss und diplomatische Fähigkeiten. Gerade im globalen Süden wird Europa vielfach nicht als militärischer Akteur gesehen, sondern als Partner für wirtschaftliche Entwicklung sowie den Aufbau von Infrastruktur und Institutionen.

Darin liegt eine strategische Chance. Europa muss nicht den Weg klassischer Militärmächte reproduzieren, um handlungsfähig zu bleiben. Seine Stärke liegt vielmehr darin, wirtschaftliche, technologische und diplomatische Instrumente so zu verbinden, dass eine eigenständige politische Einflussfähigkeit entsteht, ohne auf klassische militärische Machtprojektion angewiesen zu sein.

Doch diese Stärke hat natürlich Grenzen. Kooperation allein garantiert keinen Einfluss. Europa wird wirtschaftlich geschätzt, aber geopolitisch nicht immer als Machtfaktor ernst genommen. Das Bild europäischer Regierungschefs, die im Oval Office „aufgereiht wie Schuljungen“ am Schreibtisch des amerikanischen Präsidenten sitzen – so die zugespitzte Formulierung von Rolf Mützenich –, verdeutlicht diese strukturelle Asymmetrie.

In einer neoimperialen Ordnung bleibt auch wirtschaftliche Macht nicht neutral. Handelsbeziehungen werden politisiert, Finanzsysteme als Druckmittel genutzt und technologische Abhängigkeiten gezielt aufgebaut. Die europäische Antwort darauf kann deshalb nicht primär militärisch sein. Sie muss in einer eigenständigen politisch-ökonomischen Substanz liegen: in einem neuen Wachstumsmodell mit stärkerer Binnennachfrage, in koordinierter Bildungs-, Forschungs- und Industriepolitik sowie in der Verringerung technologischer Abhängigkeiten durch eigene Innovationsfähigkeit. Darin liegt die eigentliche Voraussetzung europäischer Souveränität.

Defensive Verteidigungsfähigkeit und aktive Rüstungskontrolle sind unter diesen Bedingungen kein Gegensatz. Beide gehören zusammen. Aufrüstung ohne Rüstungskontrolle führt in Eskalationsspiralen. Rüstungskontrolle ohne glaubwürdige defensive Fähigkeiten bleibt wiederum politisch wirkungslos.

Die nukleare Gefahrenlage verschärft diese Problematik zusätzlich. Mit dem Auslaufen von *New START* existieren erstmals seit 1972 keine verbindlichen Begrenzungen amerikanischer und russischer Nukleararsenale mehr. Zugleich verschwimmen die Grenzen zwischen konventionellen und nuklearen Systemen zunehmend. Gerade deshalb wird eine aktive europäische Rüstungskontrollpolitik wieder zu einer strategischen Notwendigkeit.

Politische Handlungsfähigkeit darf nicht in eine technokratische oder rein exekutiv gesteuerte Sicherheitspolitik umschlagen.

Defensive Verteidigungsfähigkeit ist dabei nicht Voraussetzung von Diplomatie, sondern ihr sicherheitspolitisches Korrelat. Sie soll verhindern, dass Europa zum bloßen Objekt fremder Sicherheitsentscheidungen wird. Entscheidend ist dabei nicht militärische Größe, sondern defensive Ausrichtung, Koordination und demokratische Kontrolle. Konkret bedeutet das: Schutz kritischer Infrastruktur, Sicherung zentraler Verkehrs- und Handelsräume sowie ausgewählte gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten wie Luft- und Raketenabwehr. Parallel dazu braucht Europa eine aktive Rolle in Fragen nuklearer Rüstungskontrolle und strategischer Stabilität.

Die europäische Realität bewegt sich bereits in diese Richtung. Sicherheitspolitik entsteht heute weniger durch große institutionelle Sprünge als durch flexible Kooperationen und projektbezogene Zusammenarbeit. Diese Formen vermeiden politische Überforderung, bergen aber zugleich das Risiko neuer Fragmentierung.

Gleichzeitig stellt sich die Frage demokratischer Kontrolle. Politische Handlungsfähigkeit darf nicht in eine technokratische oder rein exekutiv gesteuerte Sicherheitspolitik umschlagen. Neue Formen europäischer Kooperation müssen deshalb mit belastbaren Formen demokratischer Legitimation verbunden werden.

Hinzu kommt eine zweite strategische Gefahr: die schleichende Verdrängung ziviler Zukunftsinvestitionen durch sicherheitspolitische Prioritäten. Wenn steigende Rüstungsausgaben zulasten von Bildung, Infrastruktur, Forschung oder sozialem Zusammenhalt gehen, schwächt Europa langfristig genau jene gesellschaftliche und wirtschaftliche Substanz, auf der seine Handlungsfähigkeit beruht.

Die entscheidende strategische Frage lautet deshalb nicht, wie Europa möglichst schnell militärisch aufholt. Sie lautet vielmehr: Wie kann

Europa unter den Bedingungen einer neoimperialen Weltordnung eigenständig handlungsfähig bleiben – wirtschaftlich, technologisch, sicherheitspolitisch und demokratisch?

Europa wird keine Militärmacht im klassischen Sinne werden – und muss es auch nicht. Seine Stärke liegt in wirtschaftlicher, technologischer und diplomatischer Einflussfähigkeit. Damit diese Stärke in einer machtgeprägten Welt bestehen kann, braucht sie jedoch eine eigenständige politische und ökonomische Grundlage. Genau darin liegt die eigentliche strategische Aufgabe Europas.



Arno Gottschalk
Bremen

Arno Gottschalk ist seit 2011 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, wo er haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD ist.